

V o r l a g e
für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung	23.01.2014	Vorberatung

Tagesordnungs-Punkt	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.12.2013 Erhalt von Gynäkologie und Geburtshilfe im Eitorfer Krankenhaus
---------------------	--

Vorbemerkungen:

Erläuterungen:

Ende November 2013 hat die Geschäftsführerin des Eitorfer St. Franziskus-Krankenhauses, Frau Gabriel, das Gesundheitsamt telefonisch darüber informiert, dass der Vertrag mit der gynäkologisch-geburtshilflichen Belegärztin Frau Dr. Claudia Olmos, die die Belegabteilung seit 2007 geleitet hat, zum 31. Dezember 2013 aufgelöst werde. Die Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe werde vorübergehend geschlossen. Eine nähere Begründung wurde nicht genannt. Frau Dr. Olmos betreibe allerdings weiterhin ihre Fachpraxis für Gynäkologie und Geburtshilfe in den bisherigen Praxisräumlichkeiten am St. Franziskus-Krankenhauses.

Nach Angaben der Geschäftsführerin bemühe sich das Krankenhaus bereits seit längerer Zeit erfolglos um qualifizierte Belegärzte für den Bereich Gynäkologie und Geburtshilfe, um die Belegabteilung mit der erforderlichen Qualität und Wirtschaftlichkeit betreiben zu können. Zudem seien die Patientenzahlen kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch will die Geschäftsführung die Suche nach Belegärzten für den Bereich Gynäkologie und Geburtshilfe nochmals ohne regionale Beschränkung intensivieren, da sie alle Chancen für eine Fortführung der Abteilung nutzen möchte (PM des Krankenhauses vom 29.11.13).

Auch aus Sicht der Verwaltung ist es dringend geboten, nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen eine wohnortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Auch die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag den Willen bekundet, dafür zu sorgen, dass auch Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen ihren Versorgungsauftrag wahrnehmen können. So sollen die Länder bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung von einer standortbasierten hin zu einer erreichbarkeitsorientierten Versorgungsplanung unterstützt werden.

Die Verwaltung wird daher in engem Kontakt und im Austausch mit den betroffenen Kommunen, dem Krankenhausträger, den zuständigen Institutionen (Bezirksregierung, Landesregierung, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung u.a.) und politischen Mandatsträgern nach Lösungswegen zum Erhalt der gynäkologisch-geburtshilflichen Belegabteilung am Eitorfer Krankenhaus suchen. Des Weiteren wird Herr Landrat Kühn in einem Schreiben an den neuen Bundesminister für Gesundheit und Pflege, Herrn Hermann Gröhe, auf zügige Umsetzung der oben genannten Koalitionsvereinbarungen hinweisen.